

Klaus Regling, Geschäftsführender Direktor des ESM
Rede bei der *Documenta 14*
„Deutschland, Griechenland und der Euro“
Kassel, 9. September 2017
(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zunächst will ich mich bei den Friends of *Documenta*/Kassel, der Europa Union und der Sparkasse ganz herzlich für die Einladung bedanken. Als Geschäftsführender Direktor des Europäischen Stabilitätsmechanismus – umgangssprachlich oft „Euro-Rettungsschirm“ genannt - spreche ich bei vielen Anlässen. Dennoch es ist für mich eine Premiere, bei einem Kunstereignis aufzutreten. Dass es sich dabei mit der *Documenta* um eine der weltweit bedeutendsten Ausstellungsreihen zeitgenössischer Kunst handelt, ist für mich eine besondere Ehre.

Im Rahmen der *Documenta 14* fanden Ausstellungen erstmals an zwei Orten statt: bis Ende Juli in Athen und noch bis Mitte September hier in Kassel. Als ich im Juli in Athen war, habe ich die prägnante griechische Eule auf den *Documenta*-Plakaten gesehen und bedauert, dass mein eng gestricktes Programm keine Besichtigung erlaubt hat. Hier in Kassel werde ich mir die Ausstellungen nicht entgehen lassen.

In der engen Partnerschaft der *Documenta 14* mit Griechenland kann ich durchaus Parallelen mit dem ESM feststellen. Als bei weitem größter Darlehensgeber Griechenlands ist auch der ESM in einer engen Partnerschaft mit dem Land. Wir haben ein vitales Interesse am Erfolg Griechenlands, also daran, dass Griechenland mithilfe unserer Rettungskredite und der entschlossenen Umsetzung notwendiger Reformen die Krise vollständig überwindet und dort eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft entsteht, die den Menschen Arbeitsplätze und Wohlstand sichert.

Ich mag die Idee von *Documenta*-Kurator Adam Szymczyk, die Ausstellungen in Kassel und in Athen zu organisieren. Die immensen Probleme Griechenlands in der Eurokrise haben mitunter zu bedauerlichen Spannungen unter den Eurostaaten und zwischen Deutschen und Griechen geführt. Zu Hochzeiten der Krise kam es manchmal zu unschönen Ausfällen. Zeitweise stand das Ausscheiden Griechenlands aus der Währungsunion im Raum. Die parallelen Ausstellungszyklen haben einen Beitrag geleistet, Spannungen abzubauen. An beiden Standorten wurden *Documenta*-Ausstellungen zu Publikumsmagneten. Zwischen Kassel und Athen wurde für die Dauer des Doppelereignisses sogar eigens eine direkte Flugverbindung eingerichtet.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der griechische Präsident Prokopis Pavlopoulos haben Brücken gebaut, als beide Staatsoberhäupter die Ausstellungen im April in Athen und dann im Juli in Kassel jeweils gemeinsam eröffneten. Der Bundespräsident sagte bei der Eröffnung hier in Kassel: „Es geht mir darum, ein Zeichen zu setzen: Ein Zeichen, dass für uns Deutsche Griechenland zum gemeinsamen europäischen Haus gehört.“ Diesen Worten schließe ich mich mit ganzem Herzen an.

Das Thema meiner Rede heißt „Deutschland, Griechenland und der Euro“. Diesen drei Themen möchte ich mich nun zuwenden:

- Erst will ich erklären, weshalb ganz besonders Deutschland mit der Schaffung des Euro und des ESM ökonomisch, politisch und strategisch in seinem wohlverstandenen Interesse gehandelt hat, wie natürlich auch die anderen 18 Euro-Mitgliedsstaaten.
- Dann möchte ich darlegen, warum ich die Rettungsstrategie des ESM für eine Erfolgsgeschichte halte und weshalb ich auch bei Griechenland optimistisch bin, trotz aller Schwierigkeiten. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch Kritikern widersprechen, die in Griechenland ein vom „erniedrigenden Stigma der Krise“ gezeichnetes Opfer einer „neokolonialen“ Haltung sehen. Zeitungsberichten habe ich entnommen, dass auch *Documenta*-Kurator Szymczyk dieser Meinung ist.
- Enden möchte ich damit, wie der Euro und die Währungsunion mit einigen konkreten und überschaubaren Schritten weiter gefestigt und robuster gemacht werden können.

In Deutschland war der Euro oft ein Streitthema. Das galt vor seiner Einführung, als viele Akademiker und Kommentatoren vor der Einheitswährung warnten und behaupteten, Deutschland würde es mit der D-Mark besser gehen. Das galt aber auch zum Höhepunkt der Eurokrise. Wieder waren es Akademiker und Kommentatoren, die das Ende der Währungsunion vorhersagten und nahe legten, Deutschlands ginge es ohne den Euro besser.

Doch diese Stimmen sind inzwischen leiser geworden. Auch unter den Zweiflern sieht man, dass wir Antworten auf die Euro-Krise gefunden haben und die Krise hinter uns liegt. Angesichts von Brexit, der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und wegen der Wahlerfolge europafreundlicher Kräfte in Frankreich, den Niederlanden, Österreich und allem Anschein nach in zwei Wochen auch in Deutschland erscheinen Europa und die Währungsunion den Europäern selbst und den Menschen im Rest der Welt als ökonomisch und politisch sicherer Hafen. Das spiegelt sich auch in der Beliebtheit des Euro wieder. Jüngsten Umfragen zufolge unterstützen rund 80 Prozent der deutschen Bevölkerung die Gemeinschaftswährung.

Für mich als Ökonom liegen die Vorteile der Währungsunion auf der Hand. Der grenzüberschreitende Handel unter Eurostaaten hat vom Euro profitiert. Die Kosten, die ansonsten beim Handel zwischen Ländern mit unterschiedlichen Währungen anfallen, sind dank des Euro deutlich gesunken. Geschätzte 20 bis 25 Milliarden Euro pro Jahr entfallen. Die Preistransparenz ist gestiegen. Das wiederum führte zu mehr Wettbewerb und Ökonomen wissen, dass mehr Wettbewerb zu höherer Produktivität und deshalb zu mehr Wachstum führt. Mit seiner zentralen Lage im Herzen Europas und als exportorientierte Volkswirtschaft profitiert kaum ein Land mehr vom Euro als Deutschland, politisch und ökonomisch. Ganz knapp formuliert: Geht es dem Euroraum gut, geht es Deutschland gut.

Die Tatsache, dass die Schaffung des Euro Währungsturbulenzen unter europäischen Ländern beendet hat, wird oft vergessen. Dabei gab es solche Turbulenzen häufig in Europa in der Zeit von den frühen 70er Jahren bis zur Euro-Einführung. In den Jahren 1991 und 1992 musste etwa die Bundesbank rund 100 Milliarden D-Mark aufwenden, um damals den französischen Franc innerhalb des Europäischen Währungssystems zu halten. 1995 führte die sogenannte „Tequila-Krise“, also Probleme in Mexiko, zu einer massiven Aufwertung der D-Mark im Verhältnis zu anderen

europäischen Währungen. Die deutschen Exporteure litten empfindlich darunter. Die Aufwertung kostete die deutsche Volkswirtschaft damals einen Prozentpunkt Wachstum.

Stellen Sie sich doch einmal vor, welchen ökonomischen und wahrscheinlich auch politischen Turbulenzen die einzelnen Staaten des Euroraums ausgesetzt gewesen wären, wenn wir in den zahlreichen Krisen der letzten 20 Jahre statt des Euro die D-Mark, den Franc, die Lira, die Pesete, den Schilling, den Escudo und ein Dutzend anderer Währungen gehabt hätten. Und Krisen gab es genug: die Asienkrise, die Russlandpleite, das Platzen der Dotcom-Blase, die globale Finanzkrise und die Lehman-Pleite. Ohne den Euro hätten alle diese Ereignisse sehr wahrscheinlich zu großen innereuropäischen Währungsturbulenzen geführt, so wie wir das in den 80er und 90er Jahren erlebt haben.

Mit dem Euro hat Europa zudem auf der globalen Bühne Relevanz und Größe. Der Euro ist die zweitwichtigste Reservewährung der Welt. Europa ist heute ökonomisch ein starker Akteur auf Augenhöhe mit den USA, Japan und China. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass das ökonomische Gewicht Europas beständig abnimmt. 1970 machte Europa noch 32% der Weltwirtschaft aus. Heute sind es 23%. Bis 2050 wird dieser Anteil auf gerade mal 9% sinken. Einzelne Staaten, selbst große europäische Volkswirtschaften wie Deutschland, würden alleine kaum noch zählen.

Die Gemeinschaftswährung ist deshalb eine Errungenschaft, die zu verteidigen im wohlverstandenen Interesse aller Eurostaaten liegt. Anfang 2010 standen die Mitglieder der Währungsunion vor einer Situation, die sich die Gründer des Euro schlicht nicht hatten vorstellen können: Mitgliedstaaten des Euroraums verloren den Marktzugang. Die institutionelle Architektur des Euroraums wies hier eine Lücke auf. Es gab nichts, was in einem solchen Fall finanziellen Beistand bieten und eine nachhaltige Therapie verabreichen konnte.

In dieser Lage wurden 2010 zuerst der zeitlich befristete Rettungsschirm EFSF und 2012 dann der ESM als permanente Institution gegründet. Das Mandat der Rettungsschirme war und ist, Euro-Mitgliedsländern bei vorübergehendem Verlust von Marktzugang Rettungsdarlehen im Austausch gegen strenge Wirtschaftsreformen zu gewähren.

Ich glaube nicht, dass es zu dieser Entscheidung eine verantwortbare Alternative gab. Hätte man die Rettungsschirme zum Höhepunkt der Eurokrise nicht aufgespannt, hätte das nicht absehbare Folgen für die Währungsunion gehabt. Länder wie Griechenland, Irland und Portugal wären wahrscheinlich unter chaotischen Umständen ausgeschieden, mit schwer kalkulierbaren Folgen für diese Länder. Wegen wahrscheinlicher Ansteckungseffekte hätten auch andere Volkswirtschaften in Gefahr geraten können. Auch der Euro insgesamt wäre gefährdet gewesen. Es ist ein Segen, dass wir ein Auseinanderbrechen der Währungsunion verhindert haben. Europa würde sonst heute schlechter dastehen – politisch, wirtschaftlich und sozial.

Lassen Sie mich nun zur Rettungsstrategie des ESM sprechen. Bis heute haben der ESM und sein zeitlich befristeter Vorgänger, die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität EFSF, insgesamt gut 272 Milliarden Euro an die fünf Länder Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Zypern als Rettungsdarlehen ausgezahlt. Wenn ich Rettungsdarlehen sage, heißt das natürlich, dass die Programmländer die Darlehen am Ende in vollem Umfang und mit Zinsen wieder zurückzahlen müssen. Wir machen keine Geldgeschenke.

Allerdings gehen die Mitgliedsstaaten mit diesen Krediten Risiken ein. Deshalb braucht der Bundesfinanzminister bei seiner Zustimmung zu einem ESM-Programm oder bei jeder Teilauszahlung eines Darlehens ein Mandat des Bundestags. Diese Übernahme von Risiken ist ein Akt der Solidarität unter Euro-Staaten. Er macht die Wirtschafts- und Währungsunion aber nicht zu einer Transferunion.

Dennoch wird der Vorwurf des Rechtsbruchs in Deutschland immer wieder erhoben. Dabei haben das Bundesverfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof die Rechtmäßigkeit von EFSF und ESM mehrfach festgestellt. Seit 2011 hat das Bundesverfassungsgericht fünf Urteile zu diesem Thema erlassen, die Beteiligungsrechte des Bundestags gestärkt und festgestellt, dass die Errichtung von EFSF und ESM und die damit einhergehenden Verpflichtungen Deutschlands verfassungsgemäß sind.

Der Europäische Gerichtshof hat in seinem Urteil vom 27. November 2012 festgestellt, dass die Gewährung von Finanzhilfen seitens des ESM nicht gegen die „No-Bailout-Klausel“ des Maastricht-Vertrags verstößt. Der Grund dafür ist, dass die Programmstaaten weiterhin für ihre Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern haftbar bleiben.

Bei der Kreditauszahlung folgen wir dem Prinzip, dass sich beim Internationalen Währungsfonds weltweit seit Jahrzehnten bewährt hat: Geld fließt nur, wenn die Regierung in dem Programmland die wirtschaftspolitischen Reformauflagen umsetzt, auf die wir uns zu Programmbeginn verständigen. Auf dem Reformmenü stehen in der Regel Haushaltskonsolidierung, Strukturreformen und die Reparatur des Finanzsektors.

Unsere Anpassungsprogramme wurden in Irland, Portugal, Spanien und Zypern erfolgreich abgeschlossen. Unsere Kredite haben diesen Ländern die nötige Zeit und den nötigen fiskalischen Spielraum verschafft, um ihre Volkswirtschaften wieder wettbewerbsfähig zu machen und Probleme im Bankenbereich zu bereinigen. Studien internationaler Organisationen wie der Weltbank belegen, dass alle unsere ehemaligen Programmstaaten wahre Champions beim Umsetzen von Wirtschaftsreformen sind.

Die Anstrengungen machen sich inzwischen für diese Länder und die Menschen dort bezahlt: Irland und Spanien etwa haben heute die höchsten Wachstumsraten im Euroraum, auch die Werte in Portugal und Zypern lassen sich sehen. Die Arbeitslosigkeit sinkt in diesen Ländern deutlich. Die ehemaligen Programmstaaten tragen dazu bei, dass der Euroraum insgesamt heute wieder solide und dynamisch dasteht und den Vergleich mit den anderen großen Währungsräumen nicht scheuen muss.

Griechenland ist unter diesen fünf Programmstaaten der Sonderfall. Nirgendwo sonst waren die Probleme so groß, nirgendwo sonst war die Umsetzungskapazität der nationalen Verwaltung so schwach. Außerdem ist das Land im Jahr 2015 mit Finanzminister Varoufakis sechs Monate lang in die falsche Richtung marschiert. Deshalb sind die Stabilisierungsbemühungen auch im 7. Programmjahr noch nicht abgeschlossen.

Im Rahmen des laufenden ESM-Programms haben wir seit August 2015 über 39 Milliarden Euro an Griechenland aus einem Programmvolumen von bis zu 86 Milliarden Euro ausgezahlt. Seit dem ersten Programm 2010 sind es zusammen gut 181 Milliarden Euro. Das ESM-Programm läuft noch

bis August 2018. Aber ich sehe nicht, dass Griechenland bis dahin die gesamte Restsumme von gut 46 Milliarden Euro brauchen wird. Wir werden also wahrscheinlich deutlich unter dem Programmdeckel bleiben.

Insbesondere in Deutschland muss ich immer wieder hören und lesen, in Griechenland sei in den vergangenen sieben Programmjahren nichts passiert. Ich halte das für eine inakzeptable Verdrehung von Tatsachen und eine Beleidigung der Griechen, die bei Löhnen, Gehältern und Pensionen Einschnitte hingenommen haben, die in Deutschland unvorstellbar wären.

Griechenland hat beachtliche Fortschritte gemacht. Besonders bemerkenswert ist dabei die Haushaltsentwicklung. 2009 lag das Defizit bei über 15% der Wirtschaftsleistung. 2016 hat Griechenland dagegen einen Haushaltsüberschuss von 0,7 Prozent erwirtschaftet – also eine schwarze Null. Nur Deutschland und drei weitere EU-Länder hatten einen etwas höheren Überschuss. Ein solcher Konsolidierungserfolg wäre ohne tiefgreifende Reformen nicht möglich gewesen. Das sollte auch hierzulande gewürdigt und respektiert werden.

Zu den wichtigsten Strukturreformen in Griechenland während der EFSF- und ESM-Programme gehören Reformen der öffentlichen Verwaltung (ein Viertel weniger Beschäftigte), des Pensionssystem, des Arbeitsmarkts und des Bankensystems.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle etwas zu dem Vorwurf zu sagen, Griechenland sei mit den tiefgreifenden Reformen Opfer einer „neokolonialen“ Haltung seiner Geldgeber geworden. Ich halte die Kritik für oberflächlich und falsch und weise sie mit Nachdruck zurück. Es stimmt, dass die notwendigen Reformen hohe soziale Kosten, materielle Einbußen und große Schmerzen für viele Menschen in Griechenland verursachen. Die Frage ist, welche Alternativen es gab für ein Land, dem die Investoren kein Geld mehr leihen wollten.

Griechenland hatte 2008 einen sehr hohen Anpassungs- und Reformbedarf. Mit Beginn der Krise wurde deutlich, dass die griechischen Durchschnittseinkommen im Jahrzehnt vor der Krise zu stark gestiegen waren. Sie hatten sich nahezu verdoppelt. Das war der höchste Anstieg aller Euroländer und nicht durch einen vergleichbaren Anstieg der Produktivität gerechtfertigt. Dadurch war die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands verloren gegangen. Die Haushalts- und Handelsbilanzdefizite wurden untragbar. Das musste korrigiert werden.

Die ESM-Rettungsdarlehen haben dabei sehr geholfen. Sie kommen zu extrem niedrigen Zinsen und mit jahrzehntelangen Laufzeiten. Durch diese sehr günstigen Darlehensbedingungen sparte Griechenland allein 2016 fast 10 Milliarden Euro. Ersparnisse ähnlichen Umfangs wiederholen sich Jahr für Jahr. Unsere Rettungsstrategie ist nicht „neokolonial“, sondern Ausdruck der Solidarität der Eurostaaten untereinander. Unsere langen Darlehenslaufzeiten erlauben es Griechenland, den schmerzhaften Anpassungsprozess über die Zeit zu strecken und so für die betroffenen Menschen bei aller Härte erträglicher zu machen.

Die einzige Alternative zu unseren Rettungsdarlehen wäre gewesen, dass Griechenland 2010 eine brutale Anpassung in einer riskanten Rosskur quasi über Nacht hätte machen müssen. Der Staat hätte vitale öffentliche Leistungen wie Krankenhäuser oder Polizei nicht mehr finanzieren können. Das hätte den Menschen unzumutbare Härten abverlangt und die politische Stabilität Griechenlands aufs Spiel gesetzt.

Die Regierung in Athen ist nun auf gutem Weg, das ESM-Programm erfolgreich abzuschließen, sofern sie die vereinbarten Reformen weiter umsetzt. Unter dieser Voraussetzung dürfte die Regierung auch in der Lage sein, sich wieder regelmäßig am Markt zu refinanzieren. Im Juli konnte die Regierung bereits eine erste Staatsanleihe erfolgreich begeben. Das ist ein Zeichen dafür, dass die Investoren wieder Vertrauen fassen in Griechenland. Bleibt die Regierung auf Reformkurs, könnten die anderen Euro-Staaten bereit sein, Griechenland nach Programmende 2018 mit zusätzlichen Schuldenerleichterungen zu helfen. Natürlich nur dann, falls das dann notwendig sein sollte.

Als letztes möchte ich darüber sprechen, was wir tun sollten, um den Euro und die Währungsunion mit einigen gezielten Schritten weiter zu festigen. Ich betone „weiter“, denn aus meiner Sicht ist seit 2010 schon enorm viel passiert, so dass gar nicht sehr viel mehr nötig ist.

Europa ist gestärkt aus der Krise gekommen, ökonomisch und institutionell. Dafür gibt es mehrere Gründe: zum einen haben die fünf Länder, die in der Krise von EFSF und ESM Kredite bekommen haben, ihre Hausaufgaben gemacht. Die Budgetdefizite sind überall deutlich gesunken. Wettbewerbsfähigkeit wurde durch Senkungen von Nominallöhnen und –gehältern sowie Strukturreformen vor allem in Programmländern wieder hergestellt. Zudem wurde die Abstimmung der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene gestärkt und vertieft. Außerdem gab es wichtige institutionelle Neuerungen in den vergangenen Jahren. Als Darlehensgeber der letzten Instanz für Euro-Staaten füllt der ESM eine institutionelle Lücke. Eine weitere institutionelle Neuerung in Europa ist die Bankenunion, die zur Schaffung des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus und des Einheitlichen Abwicklungsmechanismus führte. Kurzum: Europa hat eine wirkungsvolle Strategie entwickelt, um die Krise zu überwinden.

Der Wirtschaftsaufschwung seit 2015, der sich in jüngster Zeit verfestigt hat, bestätigt das. Das Wachstum im Euroraum lag 2016 über dem Vergleichswert in den USA. Das Vertrauen von Verbrauchern und Unternehmern hat vergangene Woche das höchste Niveau seit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise erreicht. Trotz dieser guten Nachrichten dürfen wir natürlich nicht vergessen, dass wir weiter Probleme haben wie etwa die hohe Arbeitslosigkeit in einigen Eurostaaten, ganz besonders unter jungen Menschen.

Was sollte zusätzlich geschehen, um die Währungsunion noch wetterfester zu machen? Ein paar Punkte liegen auf der Hand:

Die Euro-Staaten sollten entschlossen die Regeln umsetzen, auf die sich alle geeinigt haben. Es wird auch notwendig sein, diese Regeln wieder zu vereinfachen - vor allem bei der Überwachung der Haushaltspolitik. Denn das Regelwerk ist so komplex geworden, dass es selbst Experten wie mir schwerfällt, es zu verstehen. Diese Komplexität unterhöhlt die Glaubwürdigkeit und Legitimität der Regeln.

Die Länder sollten weiter Strukturreformen umsetzen und so die Wachstumsaussichten erhöhen, indem sie die länderspezifischen Empfehlungen der EU-Kommission konsequenter umsetzen. Das gilt für alle Mitglieder der Währungsunion, nicht nur für die ESM-Programmstaaten.

Die zusätzlichen Schritte, die nötig sind zur Vollendung der Währungsunion, sind gar nicht so groß im Vergleich zu den Schritten, die wir bereits gemacht haben. Um es ganz klar zu sagen: Meiner Meinung nach bedarf es zum guten Funktionieren der Währungsunion weder einer vollen

Fiskalunion mit zusätzlichen Transfers noch einer vollen politischen Union. Außerdem plädiere ich für die strikte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips. Wir sollten also keine Kompetenzen auf die europäische Ebene heben, die sich besser auf nationaler oder lokaler Ebene und damit näher am Menschen erledigen lassen.

Einige zusätzliche Maßnahmen wären allerdings nützlich. Zuerst sollten wir die Bankenunion vollenden. Das würde die Finanzintegration in der Währungsunion und die Risikoteilung über Marktmechanismen stärken. Der Bankenunion fehlt eine gemeinsame Absicherung für den Einheitlichen Abwicklungsfonds. Die Glaubwürdigkeit des Abwicklungsfonds wäre größer, wenn er eine solche Absicherung hätte, die man im Jargon „Backstop“ nennt.

Der andere wichtige Schritt zur Vollendung der Bankenunion wäre eine europäische Einlagenversicherung. Natürlich muss vorher das Problem der Altlasten gelöst werden, die es bei einigen Banken im Euroraum noch gibt. Diese Risiken müssen abgebaut werden, denn kein Land mit einem gesunden Bankensystem sollte für vergangene Fehler von Banken und Aufsehern in anderen Euroländern bezahlen müssen. Deshalb wird es eine Weile dauern, ehe es eine europäische Einlagenversicherung geben wird. Und da ich in einer Sparkasse rede, füge ich hinzu, dass ich die Skepsis bei den Sparkassen beim Thema Einlagensicherung kenne.

Doch ich bin überzeugt, dass die Vorteile einer glaubwürdigen gemeinsamen Einlagenversicherung beachtlich sind. Mit einem solchen Einlagenschutz würde die Gefahr eines Ansturms auf das gesamte Bankensystem eines Landes gebannt werden. Gerät ein Land unter den Druck der Märkte, würden die Sparer wissen, dass nicht nur ihr eigenes Land hinter dem Einlagenschutz steht, sondern der gesamte Euroraum. Dadurch verschwindet der Grund für einen Ansturm, der sicherlich ein Risiko für die Finanzstabilität über die Landesgrenzen hinaus wäre. Deshalb ist auch die Einrichtung einer glaubwürdigen europäischen Einlagenversicherung die beste Garantie dafür, dass sie nicht genutzt wird.

Auch die Kapitalmarktunion würde die Finanzintegration stärken und den Euroraum robuster machen. Durch die Harmonisierung des Unternehmens-, Steuer- und Insolvenzrechts würden die Europäer die Hürden senken, die grenzüberschreitenden Investitionen oft noch im Weg stehen. Das würde grenzüberschreitende Beteiligungen erleichtern und die übermäßige Abhängigkeit europäischer Unternehmen von Banken bei der Finanzierung von Investitionen mindern.

Ein weiterer Schritt in Richtung einer widerstandsfähigeren Währungsunion wäre eine begrenzte Fiskalkapazität, mit der sogenannte asymmetrische Schocks gekontert werden könnten. Ich kenne die Befürchtung, dass das zu Schuldenvergemeinschaftung und permanenten Haushaltstransfers führen würde. Doch Beispiele aus den USA zeigen, dass eine begrenzte Fiskalkapazität ohne Schuldenvergemeinschaftung und permanente Transfers möglich ist. Beispiele dort sind ein sogenannter Schlecht-Wetter-Fonds sowie eine komplementäre Arbeitslosenversicherung. In den USA läuft das so: Die Finanzierung der Schlecht-Wetter-Fonds wird von den einzelnen Bundesstaaten vorab aufgebracht. Ich denke, dass für den Schlecht-Wetter-Fonds des Euroraums ein Volumen 1 bis 2 Prozent der Wirtschaftsleistung angemessen wäre, also 100 bis 200 Milliarden Euro. Die komplementäre Arbeitslosenversicherung wird aus einem kleinen Anteil der bestehenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge finanziert, es gibt also keine Mehrbelastung.

Außerdem könnte ein permanenter hauptamtlicher Vorsitzender für die Eurogruppe nützlich sein - etwa, um den Euroraum in internationalen Gremien wie der G7 oder dem IWF besser zu vertreten. Ob man diese Person dann europäischen Finanzminister nennt und mit zusätzlichen Befugnissen ausstattet, müssen die Eurostaaten untereinander klären.

Ein großes zusätzliches Investitionsbudget nur für den Euroraum brauchen wir dagegen aus meiner Sicht nicht. Ein solches Instrument haben wir bereits für die gesamte EU mit den sogenannten Juncker-Plan und den allgemeinen Fördermitteln, die über die Europäische Investitionsbank zur Verfügung stehen. Bei Bedarf sollten diese Mittel aufgestockt werden. Aus meiner Sicht sind auch zusätzliche permanente Transfers zur Förderung der realen Konvergenz in der EU nicht nötig. Der EU-Haushalt finanziert seit 60 Jahren zu Recht Transfers von den reicheren zu den ärmeren Ländern der EU. Diese betragen bis zu 4% der Wirtschaftskraft der Empfängerländer.

Wir brauchen aus meiner Sicht auch keine großen, zusätzlichen Budgetmittel zur Abwehr tiefer symmetrischer Krisen. Wir haben nach dem Ausbruch der globalen Finanzkrise 2008/2009 demonstriert, dass man in einem solchen wirklichen Ausnahmefall durch ein gezieltes Hochfahren der Staatsausgaben eine tiefe Krise wirkungsvoll kontern kann. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat dafür eine Ausnahmeklausel, die für tiefe Krisen das Überschreiten der 3%-Grenze erlaubt.

Lassen Sie mich zum Schluss ein paar Worte zum Europäischen Währungsfonds sagen, zum EWF. Innerhalb Europas wächst der Konsens, dass der Internationale Währungsfonds bei einer künftigen Krise im Euroraum nicht mehr die Rolle spielen wird, die er bislang eingenommen hat. Der ESM könnte dann eine größere Rolle übernehmen.

Der ESM hat sich ja seit seiner Gründung bereits deutlich weiter entwickelt. Heute erledigt er nicht mehr nur die Finanzierung der Rettungskredite. Er beteiligt sich auch an den Überprüfungsmissionen in den Programmländern, er analysiert deren Schuldentragfähigkeit und er wacht im Rahmen seines Frühwarnsystems darüber, dass ehemalige Programmländer ihre ESM-Darlehen wie vereinbart zurückzahlen.

Es gibt nun eine Reihe von Vorschlägen, den ESM zu einem EWF weiter zu entwickeln.

Natürlich ist für die Zukunft vorstellbar, dass der ESM zu einer Institution wird, die dem IWF noch mehr ähnelt. Sicher ist aber auch, dass das zumindest eine Änderung des ESM-Vertrags erfordern wird – wenn nicht gar des EU-Vertrags – und das verlangt Konsens unter all unseren Mitgliedsstaaten.

Klar ist, dass diese gezielten und beschränkten Verbesserungen im Interesse aller wären. Um es noch einmal zu betonen: Die Verbesserungen sind so konzipiert, dass sie weder zu permanenten Transfers noch zur Schuldenvergemeinschaftung im Euroraum führen. Selbst kurzfristig würde kein Land übermäßig belastet werden. Langfristig zahlt jedes Land befristet erhaltene Hilfen sowieso wieder zurück. Von einer wetterfesteren Währungsunion profitiert im Zeitablauf jedes Mitglied des Euroraums. Das gilt für Deutschland genauso wie für Griechenland.